

VI. Maßnahmenempfehlungen

Durch die thematische Eingrenzung der vorliegenden Studie liegt der Schwerpunkt der Empfehlungen bei der Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen, also bei grenzüberschreitenden Kontakten auf lokaler Ebene, sowie bei regionalen Aspekten grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Die Vorschläge sind größtenteils aus österreichischer Perspektive formuliert, insbesondere die regionalpolitische Ebene betreffenden. Die meisten Ideen gelten jedoch auch *grosso modo* für die slowakische Seite bzw. beziehen diese in die Überlegungen und Aktivitäten ein.

Auf lokaler bzw. zwischenmenschlicher Ebene empfehlen wir folgende Maßnahmen:

Schulen, Volkshochschulen, Heimatmuseen und -verbände begeben sich auf Spurensuche

Das Verhältnis zwischen ÖsterreicherInnen und - SlowakInnen ist von einer hierarchischen, asymmetrischen Beziehung geprägt. Die Öffnung neuer Kommunikationskanäle und die Verstärkung der Kommunikation sind ein Teil vertrauensbildender Maßnahmen. Vertrauensbildende Maßnahmen wirken vor allem dann, wenn sie mit sozialem Handeln verknüpft sind.¹ Eine aktive Spurensuche verbindet Kommunikation und Handeln.

Von der Bevölkerung in der Grenzregion wurde immer wieder auf die historisch engen Beziehungen hingewiesen. Jedoch blieben auch Zäsuren und enttäuschende Erfahrungen nicht unerwähnt; letztere wurden vielfach als Begründung für Ressentiments gegenüber den slowakischen NachbarInnen herangezogen. Obwohl die historischen Verknüpfungen und auch die Enttäuschungen sehr präsent sind - auch bei der jungen Bevölkerung -, war doch festzustellen, daß das Wissen darum abnimmt. Solche Gemeinsamkeiten und Differenzen könnten in Form von Schulprojekten, Kursen der Volkshochschulen, Aktivitäten der Heimatmuseen etc. aktiv erarbeitet werden.

Mögliche Themenstellungen: Gemeinsamkeiten in der Architektur und in der Siedlungsweise; Die wechselvolle Geschichte der Marchbrücken; Deutsche Lehnwörter

¹ Vgl. Reiterer u.a. 1994: 114f.

im slowakischen Dialekt der Zahorie/Slowakische Lehnwörter im Dialekt des Weinviertels; Arbeitsbeziehungen einst und jetzt².

Bei den österreichischen HauptschülerInnen in der Grenzregion bestehen sehr große Vorurteile gegenüber der Slowakei und den SlowakInnen. Ein möglicher Weg, diese Vorurteile sichtbar zu machen, wären etwa Befragungen von österreichischen und slowakischen SchülerInnen über ihre Lieblingsmusik, Hobbys, Wunschträume, Lebensvorstellungen etc. und deren vergleichende Gegenüberstellung.

Die Ergebnisse dieser Spurensuche öffentlich zu präsentieren (in Form einer Ausstellung, als Artikel oder Vortrag usw. - auch in der slowakischen Nachbargemeinde) bietet einen zusätzlichen Anreiz für die Auseinandersetzung und die Möglichkeit einer großen Breitenwirkung.

Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit nicht unter den Jugendlichen erfordert eine konsequente Thematisierung von Machtverhältnissen in unserer Gesellschaft. Die Schule würde hier ein mögliches Forum bieten. Hierbei sollten Machtbeziehungen nicht nur in bezug auf AusländerInnen/SlowakInnen angesprochen werden, sondern auch, wo bzw. wie uns Macht täglich begegnet (zwischen Eltern und Kindern; gegenüber alten Menschen; unter Kindern; Aus- und Abgrenzung von/gegenüber Arbeitslosen, Obdachlosen; kinderlosen Frauen und Müttern etc.) und welchen Beitrag der/die Einzelne zur Ausgrenzung leistet. Es geht nicht um ein Verwischen/Negieren der Differenzen, sondern um das Erkennen, daß Differenzen bewertet werden und so die Hierarchisierung, Ausgrenzung etc. entsteht.

Slowakisch als Freifach in den Pflichtschulen der Grenzregion

Slowakisch als Freifach sollte auch weiterhin in den Schulen der Grenzregion angeboten werden. Der Landesschulrat hätte dafür Sorge zu tragen, daß dafür auch Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Ein solches Angebot ist auch im Sinne eines Know-how-Erwerbs für die wirtschaftliche Kooperation Österreichs mit den Reformländern zu empfehlen.

² Zu dieser Themenstellung gibt es mehrere äußerst interessante Subthemen, wie etwa die Gesindestruktur auf den Bauernhöfen der ersten Jahrhunderthälfte; der "Kindertausch" zwischen Österreich und der Slowakei; die ethnische Zugehörigkeit der Arbeiterschaft in diversen Fabriken oder bei den Handwerkern (einst und jetzt); schließlich: "1945 - Befreiung oder Besetzung?"

Dialog über die Grenze hinweg fördern

Den Dialog über die Grenze hinweg zu fördern wäre u.a. mit obigen Projekten („Spurensuche“) möglich. Eine weitere Möglichkeit wären "bilinguale Sprachkurse" (in unserem Fall Slowakisch - Deutsch). Das heißt, SlowakInnen und ÖsterreicheInnen lernen gemeinsam in Kleingruppen die Sprache der jeweiligen anderen. Bei dieser lebhaften Form des Spracherwerbs kann man nicht nur an Ort und Stelle seine Kenntnisse und Lernerfolge prüfen, sondern es entwickeln sich auch Kontakte zu den Nachbarn. Erfahrungen haben aber gezeigt, daß für den Erfolg solcher Kurse kurze Anfahrtswege (= Notwendigkeit von Brücken) und die Teilnahme von SprachpädagogInnen (diese müssen nicht bilingual sein) notwendig sind.

Brücken und Grenzübergänge ausbauen

Die Notwendigkeit von Brücken über die March wurde bereits oben erwähnt. Brücken/Grenzübergänge sind nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig, sondern auch für die Kommunikation zwischen der Bevölkerung der benachbarten Länder, denn ohne Kommunikationsweg gibt es auch keine Kommunikation. Brücken sind unseres Erachtens ein wesentlicher Beitrag für die Normalisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen und für einen Austausch sowie die Zusammenarbeit unbedingt notwendig. Brücken verdeutlichen auch die Einheit der Region.

Den Informationsfluß verbessern

Der Stellenwert von Information kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Wissen über die „Anderen“ ist insbesondere auf österreichischer Seite relativ gering. Mangelnde Information führt jedoch häufig zu Ablehnung von Kommunikation, von Projekten, der Nichtannahme von Neuerungen, etc. Fehlende Transparenz und unzureichende Information waren u.E. auch mitverantwortlich für die Ablehnung der Brücke in Angern (1992) oder für die äußerst hitzig geführte, teilweise handgreifliche Brückendiskussion in Dürnkrot (1991). Dabei spielt der Zeitpunkt, die Häufigkeit und die Aufbereitung der Information eine bedeutende Rolle. Bei Diskussionsveranstaltungen müßte bereits im Vorfeld informiert werden (z.B. über die Gemeindezeitung die verschiedenen Vorschläge für eine Brücke bekannt machen) und verschiedene Wege der Vermittlung gegangen werden. Transparenz und Information ist für die Zustimmung zu Großprojekten enorm wichtig (z.B. bei Brücken). Dabei soll-

te sich der Gemeinderat als gewählte Vertretung der Bevölkerung sich auch nicht scheuen, seine Position darzulegen.

Generell schiene uns auch eine Ausweitung des Informationsgehalts der Gemeindezeitungen sinnvoll. Bislang wird hauptsächlich über Geburten, Todesfälle, Beschlüsse der Gemeinde über Reparaturen und Bauarbeiten, Müllabfuhrtermine berichtet. Hin und wieder stellen sich einzelne Vereine vor, werden Wahlergebnisse präsentiert, ansonsten gibt es viel Werbung. Wir haben in den Gemeindezeitungen nichts über grenzüberschreitende Aktivitäten der Bürgermeister/Gemeinderäte gefunden, ebensowenig Hinweise darüber, was im Gemeinderat diskutiert wird, etc. Wir möchten dazu anregen, daß in der Gemeindezeitung auch „heikle Themen“ angesprochen werden (z.B. Entwicklung der Kriminalität im Ort, öffentliche Sicherheit, Tätigkeitsbereiche der Grenzgendarmarie etc.). Eine weitere Möglichkeit, neue Kommunikationskanäle zu eröffnen ist, in der Gemeindezeitung eine „Seite für den Nachbarn“ zu reservieren. In dieser Rubrik sollte die slowakische Nachbargemeinde die Möglichkeit erhalten, sich selbst vorzustellen, über ihre Anliegen zu schreiben, Veranstaltungstermine bekannt zu geben, etc.

Auf regionaler bzw. politischer Ebene empfehlen wir:

Information für die breite Bevölkerung mit Hilfe eines Medienpakets

Ebenfalls könnten regionale Fernseh- und Radioprogramme Sendezeiten für spezielle Informationen aus der österreichisch-slowakischen Grenzregion reservieren. Auch dies wäre ein Beitrag zur Normalisierung.

Trilaterales Informations- und Kommunikationszentrum

Ein weiterer Kommunikationskanal könnte ein trilaterales Informations- und Kommunikationszentrum sein (Weinviertel, Südmähren, Westslowakei; diese Idee wird bereits vom Weinviertel-Management verfolgt). Ziel ist es, eine Datenbank über lokale Veranstaltungen, Gruppen und Aktivitäten aufzubauen, um so einen rascheren Informationsfluß und eine Vernetzung zu ermöglichen. Diesem Zentrum soll ein kleines Seminarzentrum angeschlossen sein, um auch eine diesbezügliche Infrastruktur in der Region zu schaffen. Wir möchten noch anregen, dieses Zentrum um eine

„Ideenbörse“ und „Beschwerdestelle“ für die Bevölkerung, aber auch für Projektgruppen, die grenzüberschreitend arbeiten, zu erweitern.³

Regionale Entwicklung fördern

Viele der von uns befragten österreichischen GrenzbewohnerInnen sehen in der neuen Landeshauptstadt St. Pölten die Gefahr einer weiteren Benachteiligung der Region (Arbeitsplätze in der Landesregierung gehen aufgrund zu langer Anfahrtswege verloren; Investitionen in die Landeshauptstadt würden Geld von der Region abziehen etc.). Ein Sichtbarmachen der Grenzlandförderung ist daher notwendig, vielfach scheint Unterstützung bei der Lukrierung solcher Fördermaßnahmen vonnöten zu sein. Am meisten werden das Fehlen von Arbeitsplätzen und Mängel in der Infrastruktur (schlechte Straßen, wenig Geschäfte und Fremdenzimmer) beklagt. Im Weinviertel gibt es bereits sinnvolle Ansätze für eine touristische Entwicklung (z.B. March-Panorama-Weg, Naturführer durch die Marchauen usw.). Um diese Entwicklung voranzutreiben bzw. die ersten Ansätze nicht im Keim ersticken zu lassen, bedarf es ohne Frage eines weiteren Ausbaus der Infrastruktur. Hierbei wären u.E. vor allem Brücken über die March (auch als Anreiz für Wirtschaftsbetriebe, sich in der Region anzusiedeln), zumindest ein internationaler Grenzübergang an der March und der Ausbau von Fremdenzimmern zu nennen.

Bei dieser Empfehlung ist uns jedoch auch bewußt, daß der Ausbau des Straßennetzes und der Bau von Brücken auf Widerstand bei der Bevölkerung, bei AnrainerInnen und NaturschützerInnen stößt. Bei der Umsetzung solcher Vorhaben empfehlen wir daher Mediations-/BürgerInnenbeteiligungsverfahren, welche die Vor- und

³ Jens Gabbe von der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) weist in seinem Statement bei der Tagung „Wirtschaft im Europäischen Grenzraum“ des Regionalverbandes Eur o- paregion Weinviertel darauf hin, daß Konfliktmanagement bei Kooperationen immer sinnvoll ist, erst recht, wenn kulturell und sozial vorgeformte Verhaltens- und Kommunikationsweisen aufeinander treffen. Auch Reiterer u.a. (1994: 112) erachten etwa in Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Wirtschaftsparks Beschwerde- und Anlaufstellen mit hauptberuflich tätigen Personen als KonfliktvermittlerInnen (MediatorInnen) für eine effektive Kooperation als notwendig. Angesichts der vielschichtigen - teils historisch bedingten - Ressentiments und Vorurteile, vor denen auch grenzüberschreitende ProjektbetreiberInnen nicht gefeit sind, scheint das Angebot von Supervisionen sinnvoll.

Nachteile, die Auswirkungen von Vorhaben sichtbar machen können, aber auch eine Konsensfindung ermöglichen.⁴

Eine intensivere Nutzung der INTERREG-Programme bzw. die tatsächliche Umsetzung solcher Projekte könnten ebenfalls einen Beitrag zur Entwicklung der Region leisten. Einige Bürgermeister der untersuchten Gemeinden vermittelten den Eindruck, daß sie zwar diese Möglichkeit der Förderung über INTERREG kennen, aber nicht wissen, wie sie in den Genuß einer solchen kommen könnten bzw. darauf warten, daß jemand mit einer Projektidee an die Gemeinden herantritt. Trotz zahlreicher diesbezüglicher Aktivitäten des Weinviertel Managements, scheint vermehrte Unterstützung in der Projektgenerierung, in der Projektausarbeitung und der Antragstellung nötig zu sein.

Leitbilder für die Region entwickeln

Unseres Erachtens muß die Erarbeitung von Leitlinien für die Region Wien - Bratislava - Brünn von prioritärem Interesse sein. Für die einzelnen Teilgebiete der Region bedarf es dann detaillierter, auf das Gebiet abgestimmter Entwicklungspläne. Die Festlegung solcher Leitlinien ist eine primär politische Aufgabe, was die Einigung auf gemeinsame Ziele von seiten der österreichischen Landesregierungen und der slowakischen PolitikerInnen voraussetzt. Die Gründung einer EUREGIO Weinviertel - Südmähren - Westslowakei, wie sie nun mit 1. Dezember 1997 mittels eines Rahmenvertrages festgelegt wurde, kann einem solchen Prozeß nur förderlich sein.

Gipfel der Gemeinden

Ein jährlich stattfindendes Gipfeltreffen der BürgermeisterInnen der Region (Wien - Bratislava oder entsprechend der geplanten EUREGIO) würde zum Informationsaustausch zwischen den Gemeinden beitragen. Durch den bei solchen Treffen möglichen Austausch von spezifischen Gemeindeproblemen würden Parallelen für die einzelnen lokalen Akteure sichtbar, somit die Einsicht der Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens gefördert und die Suche nach gemeinsamen Lösungen erleichtert. Innerhalb eines solchen Gremiums würde die Bildung von spezifischen Arbeits-

⁴ Die Stadt Wien hat im Rahmen von Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanungen solche Bürgerbeteiligungungsverfahren bereits erfolgreich durchgeführt. (vgl. Antalovsky/König 1994)

kreisen, die sich jährlich zwei Mal treffen und ihren Arbeitsbericht beim Gipfeltreffen vorlegen, eine Intensivierung der Kontakte mit sich bringen.

Signale der Offenheit, des Willkommen-Heißens setzen

Rein symbolischen Charakter, aber dennoch große Wirkung in der Verbesserung der Beziehungen, hätte eine eigene Abfertigungsspur an den österreichisch-slowakischen Grenzübergängen für SlowakInnen (um Auswirkungen von Schengen zu minimieren).

Koordination der Förderungen

Das Bundeskanzleramt erstellt jährlich ein „Osthilfekonzert“ (teilweise in Abstimmung mit anderen Ministerien). Wie einige InterviewpartnerInnen erwähnt haben und auch durch andere Studien bestätigt worden ist⁵, sollen die Förderungsmaßnahmen und Unterstützungsleistungen besser aufeinander abgestimmt werden. Uns scheint es daher sinnvoll, einen Datenverbund aufzubauen, in dem sämtliche vom Bundeskanzleramt und von den Bundesministerien, Landesregierungen, Stadtverwaltungen, Universitäten etc. unterstützten Projekte gespeichert sind. Angesichts der geringen Mittel, die für die sogenannte Osthilfe (im internationalen Vergleich) zur Verfügung stehen, sollte eine diesbezügliche Vernetzung der Akteure stattfinden.

Ebenso wäre aufgrund der relativ geringen finanziellen Ressourcen eine Verortung der Projekte innerhalb der internationalen Geldgeberstrukturen notwendig, um von diesen profitieren zu können. Das bedeutet, sich Nischen zu suchen und/oder Teilbereiche größerer Projekte durchzuführen. Das Finden solcher Nischen bzw. das Einklinken in internationale Förderstrukturen setzt allerdings sehr gute Informationen über den „Projekte-/Geldgebermarkt“ voraus. Auch diesbezüglich wäre ein nationaler Datenverbund sinnvoll. Gleichzeitig hat sich gezeigt, daß sogenannte Beobachtungsstellen/Koordinationsbüros vor Ort für eine effektive Umsetzung von Projekten sehr sinnvoll sind.⁶

⁵ Amesberger/Halbmayer 1995

⁶ Solche Büros betreiben z.B. die Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag, die Bundeswirtschaftskammer Österreich und auch die Stadt Wien in Bratislava.

Politischer Diskurs über die Notwendigkeit der Unterstützung bzw. den EU-Beitritt der Reformländer

In Zeiten von Sparpaketen werden internationale Hilfeleistungen von der Bevölkerung nicht gut geheißen, insbesondere dann, wenn die Sinnhaftigkeit nicht einsichtig, die Inhalte/Schwerpunkte nicht bekannt sind. Bislang wurde in Österreich kein breiter öffentlicher, politischer Diskurs über das Warum der „Osthilfe“, deren Ausrichtung und Zielsetzung geführt. Das heißt es wäre auf politischer Ebene zu diskutieren, was man mit dieser Form der Außenpolitik bezweckt, welche Bereiche besonders förderungswürdig scheinen und wem die Unterstützung zugute kommen soll.

Von einigen interviewten ExpertInnen wurden immer wieder auch die geringen Mittel angesprochen, die für grenzüberschreitende Projekte, für die Unterstützung der Reformländer zur Verfügung stehen. Eine großzügige internationale Wirtschaftshilfe - ähnlich dem Marshallplan - wird dabei oft als einzig gangbarer Weg für die demokratische Entwicklung bzw. die Hebung des Wohlstands in den Reformländern allgemein und in der Slowakei speziell gesehen. Eine Möglichkeit für Österreich, die Mittel für die Reformländer zu erhöhen, ohne dabei das Staatsbudget zu belasten, wäre die Umwidmung der Mittel des ERP-Fonds (European Recovery Program). Wir wissen, daß dies eine höchst brisante politische Entscheidung wäre, weil sie den Entzug der Unterstützung für die derzeitigen NutznießerInnen (vorwiegend österreichische Unternehmen) mit sich bringen würde; eine solche Entscheidung wäre aber ein Zeichen dafür, daß Österreich, als ein nunmehr reiches Land, sich seiner Verantwortung bewußt ist.

Ebenso wäre ein breiter politischer Diskurs über die Osterweiterung der Europäischen Union, der nicht nur diverse Bedrohungsszenarien thematisiert, sondern auch die Vorteile einer solchen Erweiterung herausstreicht vonnöten. Dies gilt auch in Hinblick auf einen EU-Beitritt der Slowakei. Wie unsere Erhebungen und auch neuere Umfragen ergeben haben, steht ein Großteil der österreichischen Bevölkerung einem EU-Beitritt der Slowakei ablehnend gegenüber.⁷ Dies ist sicher auch auf die bisherige Diskussion innerhalb der Europäischen Union bzgl. der Osterweiterung

⁷ In einer Eurobarometer-Umfrage sprachen sich 31 Prozent der ÖsterreicherInnen für und 42 Prozent gegen den Beitritt der Slowakei aus (vgl. Die Presse, 28.11.1997: 25)

zurückzuführen. Ist doch die Slowakei das einzige Land, das direkt an die Ostgrenze der EU angrenzt, dem - aus demokratiepolitischen und menschenrechtlichen Gründen - die Aussicht auf einen raschen Beitritt verwehrt wurde. Diese Haltung der EU findet in der Einstellung der Bevölkerung, von der große Teile mit einer Grenzöffnung steigende Kriminalitäts- und Arbeitslosenraten verbinden, ihren Widerhall. Auch Wolfgang Streitenberger, der Leiter der Europäischen Kommission in Wien, führt die negative Einstellung der ÖsterreicherInnen bzgl. eines EU-Beitritts der Slowakei auf die falschen Signale von seiten der Politik zurück und befürchtet, daß Österreich die Chancen der Osterweiterung nicht erkennt.⁸ In den vergangenen Wochen haben sich österreichische Politiker immer wieder für die Integration der Slowakei (wenn auch in abgestufter Form) in die Beitrittsverhandlungen ausgesprochen. Dies ist u.E. ein wichtiges politisches Signal.

(Landes-)Ausstellung über die österreichisch - slowakische Grenzregion

Viele der oben genannten Maßnahmen könnten bereits in einer Ausstellung zum 10-jährigen Jubiläum der Grenzöffnung Ende 1999, also an der Schwelle in ein neues Jahrtausend, Eingang finden, umgesetzt werden. Eine gemeinsame, grenzüberschreitende Vorbereitung einer solchen Ausstellung, mit möglichst breiter Beteiligung der Bevölkerung, wäre eine günstige Gelegenheit zur Intensivierung zwischenmenschlicher, nachbarschaftlicher Beziehungen.

⁸ vgl. Die Presse, 28.11.1997: 25